



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 10. Mai 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 2.100 Menschen wurden am Wochenende im Mittelmeer gerettet. Eine Person wurde tot geborgen.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/fluechtlinge-mittelmeer-italien-kuerstenwache-einsaetze> (20.05.17)
- Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden ist gestiegen. In den Jahren 2015 und 2016 waren 300.000 UNICEF bekannte Kinder und Jugendliche unterwegs. Auf den Fluchtrouten sind sie besonders gefährdet. Sie sind abhängig von Schleuser*innen und haben dabei kaum finanzielle Mittel, Versklavung und Prostitution sind oft die Folge.
<http://www.fr.de/politik/fluechtlinge-immer-mehr-minderjaehrige-fluechten-alleine-a-1281646> (18.05.17)
- Die EU bastelt an ihrer gemeinsamen Asylpolitik. Wichtigster Bestandteil ist die Einführung eines einheitlichen Asylsystems, dass Schutzsuchende auf die Mitgliedsstaaten verteilen soll. Einige Staaten verwehren sich der Aufnahme von Schutzsuchenden komplett. Hierzu zählt Ungarn. Daneben haben sich bisher auch Österreich und Polen der bereits beschlossenen Umverteilung von Schutzsuchenden, die momentan in Griechenland Italien sind, verweigert. Ihnen hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren angekündigt. Der Chef der in Polen regierenden PiS-Partei, Jaroslaw Kaczynski, kündigte an, zur Not auch vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen. Um ein gemeinsames Asylsystem trotz teils vorhandener Fundamentalopposition zu ermöglichen, werden Möglichkeiten durchgespielt bei denen ein Mitgliedsstaat zwar keine Schutzsuchenden aufnehmen müsse, dafür aber mehr in den „Grenzschutz“ einzahlen müsse.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-eu-droht-mehreren-staaten-mit.2932.de.html?drn:news_id=745711 (16.05.17)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-viele-papier-kein-konsens-1.3511439> (18.05.17)
- In Mailand demonstrierten am Sonntag Zehntausende (genauere Zahl gab's nicht) für Solidarität mit Geflüchteten unter dem Motto „Gemeinsam ohne Mauern“. Unter anderem nahmen auch der italienische Senatspräsident sowie der Mailänder Bürgermeister an der Demo teil.
http://www.deutschlandfunk.de/demonstration-in-mailand-fuer-solidaritaet-mit-fluechtlingen.1939.de.html?drn:news_id=747327 (20.05.17)

Bund, Land, Kommune

- Das Gesetz zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, von PRO ASYL als „Hau ab“ - Gesetz beschrieben, wurde vom Bundestag beschlossen. Folgende Verschärfungen ergeben sich daraus:
 - Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll nun mit richterlicher Zustimmung Zugriff auf die Handys von geflüchteten Personen im Asylverfahren haben. Ausländerbehörden waren unter denselben Bedingungen bereits dazu befähigt. Dies soll der Identitätsüberprüfung dienen. Kritiker*innen sehen darin eine Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Dies könne nur bei schweren Straftaten eingeschränkt werden.
 - Abschiebehaft soll nun auch für „Gefährder*innen“ gelten. „Gefährder*in“ ist ein reiner Polizeibegriff, eine rechtliche Definition gibt es nicht. Sie sollen auch in regulären Haftanstalten eingesperrt werden können.
 - Der Ausreisegewahrsam wird von vier auf zehn Tage verlängert.
 - Fußfesseln können im Fall von abgelehnten Schutzsuchenden eingesetzt werden denen unterstellt wird, dass von ihnen eine Gefahr ausgehen könnte.
 - Wenn unterstellt wird, dass Schutzsuchende über ihre Identität getäuscht haben, soll für sie wieder die Residenzpflicht gelten.
 - Schutzsuchende mit „schlechter Bleibeperspektive“ sollen für bis zu zwei Jahre in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben können. Bisher war die Dauer auf maximal sechs Monate begrenzt. Auch die „Bleibeperspektive“ ist kein juristischer Begriff. Erstaufnahmeeinrichtungen sind Massenunterkünfte und liegen oft am Stadtrand. Der Zugang zu Asylberater*innen und weiteren Haupt- und Ehrenamtlichen wird so erschwert.
 - Menschen, die über einen längeren Zeitraum geduldet waren, musste bisher die Duldung widerrufen und die Abschiebung angekündigt werden. Diese Regelung soll im Falle von Personen, die angeblich über ihre Identität täuschten, gestrichen werden.
 - Jugendämter sollen verpflichtet werden, für unbegleitete Minderjährige den Asylantrag zu stellen.
 - Väter werden nun regulär verpflichtet, über Gentests ihre Vaterschaft zu beweisen. Bereits wenn Mutter oder Vater eine Duldung haben, soll dies als Verdachtsmoment genügen.

Eine Vielzahl an Kritiker*innen verurteilt die Grundrechtsverletzungen, die mit dem Gesetz einhergehen. Neben PRO ASYL sehen Amnesty International sowie Kirchen- und Wohlfahrtsverbände wie Caritas, AWO oder der Paritätische das Gesetz als nicht verfassungskonform an. Der Bundesrat muss dem Gesetz nicht über das Gesetz abstimmen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-bundestag-beschliesst-verschaerfung-a-1148375.html> (18.05.17)

<http://www.fr.de/politik/asylrecht-ende-der-willkommenskultur-a-1282157> (19.05.17)

<http://www.taz.de/Asylrecht-in-Deutschland/!5410836/> (19.05.17)

- Die Bundesregierung hat offiziell bestätigt, dass sie den Familiennachzug verzögert, wenn Familienmitglieder sich noch in Griechenland aufhalten. Der Rechtsanspruch wird mit Argumenten wie „begrenzte Betreuungs- und Unterbringungskapazitäten“ oder „logistischem Koordinierungsaufwand“ ausgehöhlt.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/thomas-de-maiziere-familiennachzug-fluechtlinge> (19.05.17)
- In Bayern und Niedersachsen ist die Zahl der Suizide und versuchten Suizide unter Geflüchteten gestiegen. Von den 13 niedersächsischen Kommunen, die entsprechende Statistiken führten, sei die Zahl der versuchten Selbsttötungen von 19 in 2015 auf 50 in

2016 gestiegen. In Bayern hat sich die Zahl mit 162 binnen weniger Jahre verdreifacht.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-05/fluechtlinge-niedersachsen-suizidversuche-asylbewerber> (17.05.17)

- Aus Sachsen wurden vorvergangene Woche sieben Menschen tunesischer Staatsbürgerschaft abgeschoben. An Bord des Sammelcharters befanden sich insgesamt 21 Personen.
<https://www.sachsen-fernsehen.de/saechsische-regierung-schiebt-21-nordafrikaner-ab-359450/> (10.05.17)
- Im Deutschlandfunk gab der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer am vergangenen Donnerstag ein Interview in dem er eine Studie zu Rechtsradikalismus in Ostdeutschland kritisierte. Die Studie war von der Beauftragten für die neuen Bundesländer in Auftrag gegeben worden. Sie sieht die Verantwortung für den grassierenden Rechtsradikalismus und Rassismus in Sachsen auch bei der sächsischen CDU. Inzwischen geht der Landesverband der Partei so weit, wissenschaftliche Ergebnisse zu delegitimieren. Kretschmer übersah, dass die Studie auf qualitativen Methoden aufbaut und seine Kritik jeglicher Grundlage entbehrt. Am Ende sah er sich gezwungen, zurückzurudern nachdem sein Ministerpräsident die Kritik schon relativieren musste. Der Sächsische Flüchtlingsrat reagierte mit einer Pressemitteilung, in der er das ständige Suchen nach Entschuldigungen von Seiten der hiesigen CDU für den Rechtsradikalismus in Sachsen anprangerte. Auch das Netzwerk Tolerantes Sachsen kritisierte die Partei für ihre bornierte Haltung.
<http://srv.deutschlandradio.de/themes/dradio/script/aod/index.html?audioMode=3&audioID=547022&state=> (19.05.17)
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/streit-um-rechtsextremismus-studie-ostdeutschland-100.html> (19.05.17)
<https://www.l-iz.de/politik/sachsen/2017/05/Netzwerk-Tolerantes-Sachsen-kritisiert-CDU-Generalsekretar-fuer-seine-bornierte-Haltung-177930> (21.05.17)
- Ausländerbehörden stellen anstelle von Duldungen häufig nur noch Grenzübertrittsbescheinigungen aus. Dies ist rechtswidrig, da Menschen in Deutschland entweder einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung besitzen müssen. Eine andere Option kennt das Aufenthaltsrecht nicht. Von dieser Verwaltungspraxis war auch Luan Zejneli betroffen. Über seinen Fall entschied am Freitag die Sächsische Härtefallkommission nachdem eine Petition seiner Mitschüler*innen bundesweite Aufmerksamkeit hervorrief. Die Kommission gab dem Antrag statt.
<http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/05/Fluechtlingsorganisationen-werfen-saechsischen-Auslaenderbehoerden-rechtswidriges-Verhalten-vor-177093> (12.05.17)
Interview mit Luan Zejnelis Unterstützer Benjamin Heinsohn: <http://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2017/05/Interview-mit-Benjamin-Heinsohn-%E2%80%9ESein-Glueck-kann-Luan-nur-in-Deutschland-finden%E2%80%9C-177407>
<http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Luan-darf-bleiben-Leipziger-wird-nicht-abgeschoben> (19.05.17)
- In Leipzig ist die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Schutzsuchende im Asylverfahren gescheitert. Bisher müssen sie die ersten 15 Monate ihres Aufenthalts einen Behandlungsschein beim Sozialamt beantragen. Beamte*innen sollen so Fragen klären, für die es medizinischer Expertise bedarf. Die Stadt Leipzig führte Verhandlungen mit den Krankenkassen über die Einführung einer Gesundheitskarte, diese führten aber nicht zum Ziel. Grundsätzlich hätte die Landesregierung die Möglichkeit, die Kommunen bei dieser Frage zu entlasten und schlicht die Einführung einer landesweiten elektronischen Gesundheitskarte zu beschließen. In mehreren Bundesländern ist diese bereits Standard.
<https://www.tag24.de/nachrichten/leipziger-fluechtlinge-bekommen-keine-elektronischen-gesundheitskarten-257423> (22.05.17)

Hintergrund und Meinung

- Wie über die letzten Monate und Jahre systematisch das Recht auf Asyl unterwandert wurde, zeichnet Andreas Lipsch, Vorsitzender von PRO ASYL, in einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Rundschau* nach. Für ihn ist klar: „Was wir zurzeit erleben, sind systematische Anschläge auf die Grund- und Menschenrechte. Ausgeführt, um Schutzsuchende von diesem Kontinent fernzuhalten und im Namen einer Sicherheit, die es so nie geben wird. Demütigung, Entrechtung und Exklusion haben noch nie mehr Sicherheit gebracht. Der Abbau von Grund- und Menschenrechten ist auf lange Sicht das größere Sicherheitsrisiko.“
<http://www.fr.de/politik/meinung/gastbeitraege/fluechtlingspolitik-anschlag-auf-die-grund-und-menschenrechte-a-1283067> (22.05.17)

Der SFR / die RLCL als Akteur*in

- Am Mittwoch entschied der Landtag über das Ausreisegewahrsamvollzugsgesetz. Mit diesem ist es nun möglich, Menschen vor ihrer Abschiebung in Haft zu nehmen. Die Ingewahrsamnahme muss von einem*r Richter*in angeordnet werden und betrifft Menschen, bei denen die Ausreisepflicht abgelaufen ist und unterstellt wird, dass zu erwarten ist, dass der betroffene Mensch die Abschiebung erschweren oder vereiteln wird. Der Sächsische Flüchtlingsrat hatte zum Protest gegen das Gesetz vor dem Landtag aufgerufen. Etwa 100 Teilnehmende fanden sich vorm Landtag zusammen. Menschen die keine Straftat begangen haben, dürfen nicht in Haft genommen werden. Das gilt grundsätzlich. Das Gesetz selber weist zudem gravierende Mängel auf. Für das Gesetz stimmten die Koalitionsfraktionen CDU und SPD, Linke und Grüne lehnten ab, die AfD enthielt sich.
<http://www.mdr.de/sachsen/sachsen-beschliesst-abschiebengesetz-100.html> (17.05.17)
Interviews mit Vertreter*innen der Fraktionen hat *mephisto 97.6* eingefangen, Thomas Hoffmann vom SFR ist auch dabei: <https://mephisto976.de/news/sachsen-beschliesst-ausreisegewahrsam-60657>
Thomas Hoffmann vom SFR gibt im Interview mit den *Freien Radios* die Position des SFR vollumfänglich wieder: <http://www.freie-radios.net/83096>
Wer lieber lesen möchte kann das auch auf unserer Website tun. Kurze Auseinandersetzung mit dem Gesetz: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/05/08/ein-besserer-ausreisegewahrsam-macht-grundrechtsverletzungen-nicht-besser>
Die PM vom Montag: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/05/15/pm-protest-gegen-die-internierung-von-schutzsuchenden-in-sachsen/>

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe